

Automatischer Steuerabzug vom Lohn hat keine Chance

Steuerpolitik Ein freiwilliger Abzug der Steuern vom Lohn ist dem Zürcher Kantonsrat zu aufwendig für die Unternehmen. Dabei spricht sich ausgerechnet ein Zürcher Ökonomieprofessor dafür aus.

Lorenzo Petrò

Stefan Feldmann hatte seine Niederlage vorausgesehen: «Auch wenn die Fachleute die Vorteile sehen, so bin ich doch Realist: Im #krzh werde ich heute mit meinem Vorstoss keine Chance haben», schrieb der Ustermer SP-Kantonsrat am Montagmorgen auf Twitter. Und richtig: Mit 107 zu 54 Stimmen lehnt das Parlament sein Begehren am Nachmittag ab. Dabei ist seine Idee nicht so chancenlos: Im Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt scheiterte die Einführung eines freiwilligen Direktabzugs der Steuern vom Lohn im letzten Dezember mit 48 zu 47 Stimmen hauchdünn – weil die Grünliberalen nicht mitzogen.

In Zürich waren es gestern die Grünliberalen und die Grünen, die Feldmann im Stich liessen:

Sie lehnten zusammen mit SVP, FDP, EDU und BDP ab. Wider die Empfehlung von Schuldenberatern und Präventionsstellen. Diese wünschen sich seit langem, dass die Steuern automatisch vom Lohn abgezogen und vom Arbeitgeber direkt an die Steuerämter überwiesen werden. Unbezahlte Steuerrechnungen sind gerade bei jungen Menschen oft der Anfang einer negativen Entwicklung, aus der sie nur schwer wieder herausfinden. Das hat weitreichende Folgen: Hat jemand Betreibungen am Hals, wird die Suche nach einem Job oder einer Wohnung schwierig.

An die 70 000 Betreibungen wegen ausstehender Steuern leitet der Kanton Zürich jedes Jahr ein, in der Höhe von rund 300 Millionen Franken, Tendenz steigend. In einem Gutachten, erstellt für die Basler Regie-

«Bei notorischen Steuerschuldnern läuft der freiwillige Lohnabzug ins Leere.»

Franco Albanese
SVP, Winterthur

zung, war das Zürcher Beratungsbüro Fehr Advice – im Verwaltungsrat sitzt der Zürcher Ökonomieprofessor Ernst Fehr – deshalb zum Schluss gekommen, dass sich ein automatisierter freiwilliger Direktabzug mittel- bis langfristig lohne: Für den Staat entstünden Mehreinnah-

men, bei den Steuerzahlern sinke die Verschuldung.

Im Kantonsrat überwog jedoch die Meinung, dass ein freiwilliger Abzug zu wenig genutzt würde und einen grossen Aufwand für die Arbeitgeber bedeute, die von der Sache selber nichts hätten, ausser einer Umtriebsentschädigung. Die Anpassungen bei der EDV seien teuer, und auch den Steuerämtern entstehe durch die Umstellung ein Mehraufwand. Steuerpflichtige hätten auch heute schon die Möglichkeit, ihre Steuern im Voraus oder in Raten zu zahlen, sagte Stefan Schmid (SVP, Niederglatt). Steuerschulden entstünden ohnehin meist durch unvorhergesehene Ereignisse wie Krankheit, Unfall und den Verlust des Arbeitsplatzes. «Bei notorischen Steuerschuldnern läuft der freiwillige Lohnabzug ins Leere»,

sagte Franco Albanese (SVP, Winterthur). Genau deshalb würden Schuldenberatungsstellen einen obligatorischen Lohnabzug empfehlen, nicht einen freiwilligen, so Jakob Boesch (FDP, Zürich), weshalb die FDP die Wirksamkeit des Vorstosses bezweifle.

Dass der Zürcher Freisinn zu einer derart anderen Einschätzung gelangt wie der Zürcher Ökonomieprofessor Fehr, beruht auf einer Nuance: Wird der freiwillige Abzug nämlich zum Standard erklärt, müssen sich die Steuerzahler also extra melden, wenn sie ihre Steuern lieber Ende Jahr per Rechnung begleichen wollen, so bleiben erfahrungsgemäss zwei Drittel beim automatischen Abzug. Bei dieser hohen Zahl von freiwilligen Teilnehmern kommen die Vorteile für Staat und Steuerzahler dann eben doch zum Tragen.

Gestern im Kantonsrat

DAZ wird nicht kantonal

Anstellung Mit 99 zu 62 Stimmen hat sich der Kantonsrat dagegen ausgesprochen, dass Lehrerinnen und Lehrer für den Bereich Deutsch als Zweitsprache (DAZ) wie die übrigen Lehrkräfte kantonal angestellt werden. Monika Wicki (SP, Zürich) hat das Thema in einer parlamentarischen Initiative (PI) lanciert. Die PI wurde nachträglich insofern angepasst, dass der Kanton sich an den Lohnkosten mit rund 1,5 Millionen Franken beteiligen sollte. Dies war der Hauptgrund für die Ablehnung.

Vorkurse bleiben teuer

ZHDK Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon) sprach von einem «massiven Verstoß gegen die Chancengleichheit». Diesen ortete er bei der Gebührenordnung für die künstlerische Vorbildung für die Bereiche Gestaltung, Musik und Tanz. Diese kann bis zu 14 000 Franken pro Studienjahr kosten. SP, Grüne, EVP und AL verlangten eine Anpassung des Fachhochschulgesetzes, welche auch für das Vorstudium die normalen Studiengebühren vorsieht. Die Senkung der Gebühren wurde mit 106 zu 61 Stimmen abgelehnt. (net)

SVP verlangt mehr Schweizer Geschichte an der Schule

Der Kantonsrat will und kann nicht vorschreiben, was Inhalt des Unterrichts sein soll.



Der Ustertag am 22. November 1830 schrieb Kantonsgeschichte. Foto: Graphische Abteilung der ZB

Der Ustertag vom 22. November begründete nichts weniger als den modernen Kanton Zürich, unter anderem weil es damals gelang, dass Stadt und Land nicht auseinanderbrachen. Solch wichtige Ereignisse, welche zur Entstehung der Schweizer Demokratie und des heutigen Kantons Zürich beitrugen, seien zwingend im Geschichtsunterricht zu behandeln, forderte Daniel Wäfler (SVP, Zürich) und zwei SVP-Exponentinnen gestern im Rat. Schweizer Geschichte stifte Identität, argumentierte Anita Borer (SVP, Uster).

Damit rannten sie bei den Lehrerinnen und Lehrern und den Historikern im Rat offene

Türen ein – und mussten doch eine Schlappe einstecken. So führte etwa SP-Kantonsrätin und Historikerin Sylvie Matter (Zürich) aus, wie wichtig der Ustertag tatsächlich für die Geschichte der Schweiz gewesen sei. Da habe es dann aber auch noch den Bockenrieg, den Stäfner Handel und als Gegenbewegung den Zürichputsch gegeben. Und ... sie wollte gar nicht mehr aufhören, ob all der wichtigen Ereignisse, die es eigentlich im Geschichtsunterricht zu behandeln gäbe. Sie schloss aber mit den lapidaren Worten: «Wir sind nicht der Bildungsrat.» Das war denn auch die Crux dieses Postulats. Der Lehrplan ist Sache des Bildungs-

rats, was Bildungsdirektorin Silvia Steiner (CVP) so ausdrückte: «Der Kantonsrat ist ein strategisches Organ.» Im Lehrplan 21 sei als Ziel vorgesehen, dass die Schülerinnen und Schüler über Kontinuität und Umbrüche im 19. Jahrhundert in Kenntnis gesetzt werden. Anhand welcher Ereignisse dies eine Lehrperson aufzeige, sei ihr überlassen. «Dieser Vorstoss ist daher überflüssig und systemwidrig.» Das sah auch die Mehrheit des Kantonsrats so: Das Postulat wurde nur von der SVP und der EDU unterstützt und wurde mit 109 zu 55 Stimmen nicht überwiesen.

Helene Arnet

Gesehen & gehört

Hübscher macht das Rennen

Die SVP wählt einen neuen Fraktionschef. Und die Gerüchteküche brodeln.

Es ist das Polit-Gesprächsthema des Sommers: Wer aus der SVP wagt es, gegen **Natalie Rickli** ins parteiinterne Rennen um eine Regierungsratskandidatur zu steigen? Darob ging eine weitere SVP-Personalie fast unter: jene des Fraktionschefs im Kantonsrat. Der bisherige Chef, **Jürg Trachsel**, wird ja bekanntlich Ombudsmann. Gestern sass er das letzte Mal auf seinem Sessel. Er gehe mit einer gewissen Wehmut, sagte Trachsel: «Ich habe viele Freunde über die Parteigrenzen hinweg gewonnen. In unserer Kommission haben wir uns so oft gesehen, dass ich mit diesen Leuten schon fast verheiratet bin.»

Die Fraktion schritt über Mittag zur Wahl des Nachfolgers, und die Nervosität war am Morgen fast mit Händen zu greifen. Es hatte sicher nicht nur mit den mässig spannenden Traktanden zu tun, dass SVP-Mitglieder auffallend häufig draussen im Foyer standen. Offenbar war die Suche nach einem neuen Fraktionschef nicht einfach gewesen. Zwar machte die Partei bis zuletzt ein Geheimnis um die Kandidaturen, aber in Sachen Gerüchte ist der Kantonsrat schlimmer als jedes Klassenlager. Und so sickerten die Namen der drei Kandidaten bald durch: **Claudio Schmid**, **Hans-Peter Amrein** und **Martin Hübscher**. Keine einfache Wahl: Haudegen Amrein hat die Fraktion vor drei Jahren nach einem Krach verlassen, kehrte aber wieder zurück. Schmid gilt als kompromissloser Hardliner, auch wenn er sich in letzter Zeit staatsmännisch gibt. Hübscher ist, wie er heisst: freundlich, aber keiner, der aneckt. Im Rat ist er erst seit drei Jahren.

Hübscher sei nur aufgestellt worden, um die anderen beiden zu verhindern, das war gestern das meisterzählte Gerücht im Rat. **Esther Guyer**, Fraktionschefin der Grünen, hat von «Krach und Intrigen» in der SVP gehört, und sie ist nicht die Einzige. Darauf angesprochen, winkt Jürg Trachsel ab: «Krach? Meine Nachfolge ist umstritten, das gehört sich so.» Fraktionskollege **Martin Haab** drückt es so aus: «Es gibt verschiedene Kandidaten, die unterschiedlich politisieren. Die Frage ist, wählt man einen mit viel Erfahrung, der schon zu Kritik Anlass gab, oder einen mit wenig Erfahrung, der aber nie negativ aufgefallen ist?» Haab wäre selbst ein valabler Kandidat gewesen, wollte aber nicht: Er rückt wohl schon bald in den Nationalrat nach.

Dass die Wahl auch in den anderen Fraktionen zu reden gab, hat mit einer gewissen Schadenfreude zu tun. «Trotz 55 Köpfen in der Fraktion ist die Personaldecke der SVP dünn», konstatierte **Marcel Lenggenhager**, Fraktionschef der BDP. Und SP-Fraktionschef **Markus Späth** meinte kopfschüttelnd: «Diese Probleme möchte ich haben.» Aber es geht um mehr: Die Fraktionspräsidenten arbeiten in der Kantonsratsgeschäftsleitung eng zusammen. «Da braucht es einen, der konsensfähig ist», so Lenggenhager. Hübscher war deshalb Wunsch kandidat der anderen Fraktionspräsidenten. Ein Wunsch, der schliesslich in Erfüllung ging: Hübscher machte das Rennen.

Nicht in Erfüllung ging der Wunsch von Ratspräsidentin **Yvonne Bürgin** (CVP). Sie

musste ausgerechnet gestern, an ihrem 48. Geburtstag, eine Doppelsitzung leiten. «Ich hätte mir etwas anderes gewünscht», sagte sie. Verschieben liess sich die Nachmittags-sitzung aber nicht, und freizunehmen, wäre für Bürgin dann doch nicht infrage gekommen: «Die Arbeit geht vor.» Dann witzelte sie: «Meine Kinder sind in der Schule und mein Mann bei der Arbeit, ich hätte also sowieso nicht gewusst, was tun zu Hause.» Immerhin: Von den Vizepräsidenten **Dieter Kläy** (FDP) und **Roman Schmid** (SVP) bekam sie eine Schachtel Pralinés als Dank.

Weniger warm war der Dank, den der scheidende Ombudsmann **Thomas Faesi** (SVP) erhielt. Zu Faesis Abschied sprach der Rat über dessen letzten Tätigkeitsbericht, und **Markus Bischoff** (AL) konnte es in seinem Votum nicht lassen, einen kleinen Seitenhieb zu platzieren, indem er bemerkte, es sei ja nicht nachgewiesen, dass die Tätigkeit des Ombudsmanns etwas bewirke.

Liliane Minor

ANZEIGE

Erfolgreiche Stadt Zürich aufs Spiel setzen?

7 statt 9: NEIN!

www.9gewinnt.ch

